

## Beschlüsse zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2003

Beschluss des Stadtrates vom 20. November 2002

- I. Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung am 20. November 2002, dass die Verwaltung in halbjährlichem Abstand über den jeweils aktuellen Umsetzungsstand der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung 2003 im POA oder im Ältestenrat berichten möge (siehe Anlage 1).

Die Verwaltung ist angesichts der äußerst kritischen Haushaltssituation bemüht, die Realisierung der beschlossenen Sparpakete zügig umzusetzen. Die Verantwortung und Federführung für die Umsetzung der beschlossenen Haushaltskonsolidierungsbeiträge liegt dabei bei den jeweiligen Fachreferaten.

In der zur Begleitung des Vollzuges der Haushaltskonsolidierung 2003 aus Vertretern von BgA, OrgA, PA und Stk eingerichteten Arbeitsgruppe wurden die Stellungnahmen der Dienststellen behandelt und ggf. nochmals Ersatzvorschläge eingefordert.

Die als Anlage 2 beigefügte Aufstellung zum Sparpaket 2003 beinhaltet den derzeitigen aktuellen Umsetzungsstand (Stand April 2004) aller Beschlüsse, die der Stadtrat in den Haushaltsberatungen am 20.11.2002 zur Haushaltskonsolidierung 2003 beschlossen hat. Als Basis zur Berechnung der Einsparsumme bei Stelleneinzügen wird die vom Finanzreferat veröffentlichte Liste der durchschnittlichen Personalkosten je Besoldungs-, Tarif- oder Lohngruppe vom 03.12.2001 verwendet.

Die Gesamtsumme der realisierten bzw. im Laufe des Jahres 2003 haushaltswirksamen Beschlüsse beträgt aus heutiger Sicht ca. 10,3 Mio. Euro. In der Umsetzung<sup>1</sup> befinden sich weitere knapp 9,2 Mio. Euro, mit deren Realisierung im Laufes des Jahres 2005 gerechnet werden kann. Zum Redaktionsschluss für die Sitzungsunterlagen gelten bereits 94 der 165 Einsparvorschläge als erledigt. Die dabei erzielten Konsolidierungsbeiträge sind in den Zwischensummen der einzelnen Geschäftsbereiche sowie in der Gesamtsumme enthalten. Mit dieser Vorlage werden weitere 27 Einsparvorschläge zur entsprechenden Beschlussfassung vorgeschlagen.

Die für die Umsetzung der Prüfaufträge erforderlichen detaillierten Abstimmungen und Prüfungen mit und in den einzelnen Geschäftsbereichen erfolgten in den vergangenen Monaten. Die Erzielung von Konsolidierungsbeiträgen aus den teilweise umfangreichen und komplexen Fragestellungen der Prüfaufträge wird aber realistischerweise noch einige Zeit in Anspruch nehmen. In der tabellarischen Übersicht (siehe Anlage 2) wird der derzeitige Sachstand der noch offenen Beschlüsse dargestellt.

---

<sup>1</sup> In der Anlage werden in der Spalte „im Vollzug“ alle Umsetzungsvorschläge geführt, die voraussichtlich in 2004 und 2005 haushaltswirksam werden.

Bei der Umsetzung einiger Konsolidierungsbeschlüsse ergab zwischenzeitlich die nähere Prüfung, dass bei einzelnen Maßnahmen der zu erzielende Konsolidierungsbetrag zu hoch kalkuliert wurde und trotz der weitestgehenden Umsetzung des Vorschlages nicht zum festgesetzten Einsparergebnis führen konnte. Diese vereinzelt Beschlüsse sollten nach Auffassung des o.g. Gremiums trotz der nicht bzw. nicht ganz erreichten Einsparsumme als erledigt angesehen werden. Die Einsparsumme ist entsprechend anzupassen.

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>	<b>Einsparziel</b>	<b>Einsparbetrag</b>
18	StA	<i>Sozialatlas: zeitlich gestreckte Pflege, effektivere Datenrecherche, Mehreinnahmen durch Prüfung der Zusammenarbeit mit Privatfirma</i>	50.000	10.000

**Begründung:**

*Durch die Zusammenarbeit mit Privatfirmen ist nur die Erreichung eines Teilbetrages in Höhe von 10.000 Euro möglich. Angesichts der im Rahmen des Projektes der Interkommunalen Zusammenarbeit festgelegten Einsparvorgabe von 20 % sieht SRD/StA keine Möglichkeit einen Ersatzvorschlag zu benennen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt die Reduzierung der Einsparsumme.*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>	<b>Einsparziel</b>	<b>Einsparbetrag</b>
24	SpA	<i>Einsparungen durch organisationsstrukturelle Veränderungen im Bäderbereich (Hallen- und Freibäder)</i>	650.000	175.000
28	SpA	<i>Überführung der Bäder in eine andere Rechtsform (unter Umsetzung des Bäderkonzeptes)</i>		

**Begründung:**

*Die Beschlüsse Nrn. 24 und 28 wurden in einer Projektgruppe aus BgA, SpA, Ref. II und OrgA bearbeitet. Aufbauend auf das Ergebnis der Projektgruppe "Bäder" wurde versucht, unter Einbezug von privaten Investoren und Vereinen einen Betreibermix für die Bäder zu finden. Ein Konzept zur Grundsatzentscheidung über die Rechtsform der Bäder wurde am 09.05.2003 in die Sportkommission eingebracht. Im StR am 02.07.2003 wurde die Gründung eines Eigenbetriebes FrankenBad beschlossen. Dabei wurde festgelegt, dass von NüBad ein entsprechender Konsolidierungsbetrag im Wirtschaftsplan Berücksichtigung findet. Hierzu wurden konkrete Vorschläge über Stelleneinzüge in Höhe von 175.750 Euro vorgelegt. Diese werden sukzessive umgesetzt. Eine Erhöhung der Bädergebühren wurde durch die Sportkommission begutachtet. Im Sparpaket 2004 Teil II ist unter ID 1389 ab dem Jahr 2004 vorgesehen, den Verlustausgleich um 361.000,-- Euro zu reduzieren. Die bisherigen Konsolidierungsbeschlüsse aus den Haushaltsberatungen 1999 und 2003 sind entsprechend abzuändern und die Beträge zu reduzieren.*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
25	SpA	<i>Keine kostenlose Überlassung von städtischen Sportanlagen und -geräten an Vereine und Verbände, Beteiligung an den Gesamtkosten von 2.256.000 Euro in Höhe von 15%; Vereine benötigen zur Umsetzung einen Vorlauf, deshalb ab 2004; Kinder und Jugendliche unter 14 J. keine Kostenbeteiligung; Jugendl. ab 14 J. werden mit dem halben Satz veranschlagt.</i>		
			<b>Einsparziel</b>	<b>Einsparbetrag</b>
			350.000	75.500

**Begründung:**

*Das Sportamt erarbeitete in Abstimmung mit dem Schulreferat die Umsetzung dieses Vorschlages, bei der durch die Erhebung von Nutzungsentgelten kein Betrieb gewerblicher Art entsteht. Der Stadtrat hat eine eingeschränkte Gebührenerhebung (Kinder frei und Jugendliche ermäßigter Betrag) beschlossen. Zudem sind in den genannten Gesamtkosten auch die Kosten für die Sportplätze und Bäder enthalten. Weiterhin sind reduzierte Hallennutzungen durch die Vereine sowie der Mehraufwand für die Erhebung der Mehreinnahmen als Betrieb gewerblicher Art gegen zu rechnen. Realisierbar ist nach Berechnung von Stk derzeit per Saldo nur eine Einsparung / Haushaltsverbesserung in Höhe von 75.500, -- Euro. Die Kostenbeteiligung der Vereine und Verbände an den Gesamtkosten für die städtischen Sportanlagen und -geräte wurde ab 2004 erreicht.*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
61	GBA	<i>Verhandlungsauftrag mit dem Ziel der Abänderung des Generalpachtvertrages und Übertragung der Unterhaltspflicht auf Kleingartenvereine. Beschränkung der städtischen Mitwirkung auf den Abschluss von Pachtverträgen (hilfsweise Pachterhöhung).</i>		
			<b>Einsparziel</b>	<b>Einsparbetrag</b>
			400.000	320.000

**Begründung:**

*Der Kleingartenverband sprach sich gegen entsprechende Verhandlungen aus. Aufgrund eines Gutachtens von LA über eine evtl. Pachtpreiserhöhung wurde eine Satzungsänderung im RWA (22.10.2003) begutachtet. Hierdurch können jedoch max. 320.000 Euro erzielt werden.*

Nach Bearbeitung einzelner Prüfaufträge wurde ersichtlich, dass diese derzeit keine oder nur eine geringe Kosteneinsparung erbringen können. Auch diese Beschlüsse sollten nach Auffassung des o.g. Gremiums als erledigt angesehen werden:

**Nr. Dst. Aufgabe / Vorschlag**

20 StN Fortführung der Personenstandszweitbücher

**Begründung:**

Eine Reform des PStG ist frühestens ab dem Jahr 2005 zu erwarten. Aufgrund der bundesweiten Entwicklung auf dem Gebiet der Einführung einer neuen Software für das Personenstandsrecht ist mit einer einheitlichen Software ab ca. 2005/2006 zu rechnen. Aufgrund der laufenden Überlegungen zur digitalen Signatur und zum Bürokratieabbau erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass nach Einführung dieser Software voraussichtlich das Führen von Zweitbüchern zukünftig entbehrlich sein wird. StN wird sich zeitnah nach der Bereitstellung der bundesweit einheitlichen Software um deren Einsatz kümmern. SRD wird das Thema weiter an das Innenministerium und den Dt. Städtetag herantragen.

22 Fw Brandmeldewesen und Alarmierungstechnik

**Begründung:**

Die Erhöhung der Brandmeldegebühren wurde nach der Begutachtung durch den RWA zwischenzeitlich auch durch den Stadtrat am 23.07.2003 beschlossen. Der Bereich Brandmeldewesen und Alarmierungstechnik wird nach Aussage von FW vollständig über Gebühren finanziert..

78 J Schülertreffs: Schnittstelle Schulsozialpädagogik prüfen

**Begründung:**

Da sich die Arbeitsansätze und die Aufgabenstellung inhaltlich unterscheiden, sind keine Einsparpotentiale realisierbar. Eine Behandlung ist in der gemeinsamen Sitzung SchuIA/JHA am 16.10.2003 erfolgt.

83 SHA Prüfung einer Versicherung für Hilfeempfänger bei der AOK; Prüfung rechtlicher Alternativen; Initiative im Städtetag

**Begründung:**

Die Einbeziehung der Sozialhilfeempfänger in die Versicherungspflicht ist mit Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes (§ 28) geregelt worden.

117 Geo Prüfauftrag: Durch Werbung auf den 10 Meß-KfZ des Vm könnten evtl. zusätzliche Einnahmen erzielt werden

**Begründung:**

Nach Verhandlungen mit der Stadtreklame werden von dieser Seite keine Werbeflächen benötigt. Die Pkws haben in der Regel für Werbemaßnahmen ungünstige Standorte. Pr wird Geo bei der zukünftigen Sponsorensuche für die Fahrzeuge unterstützen.

125 LA Prüfung der weitergehenden Vergabe der Wohnungsverwaltung

**Begründung:**

Es werden derzeit nur noch 25 Wohnungen direkt von LA verwaltet. Die Verwaltung der Wohnungen wurde soweit möglich bereits an Dritte vergeben.

- 156 Allgem. *MIP: angemessene Kostenbeteiligung der Bedarfsträger bei Überschreitung der ermittelten notwendigen Kosten durch H; getrennte Ausweisung der Innenausstattung im MIP*

**Begründung:**

*Nach Diskussion in der BIB und Rücksprache mit Ref. II wurde dieser Vorschlag bis zum Haushalt 2005 zurückgestellt, da erst detaillierte Regelungen für eine Kostenbeteiligung erarbeitet werden müssen. Für die getrennte Ausweisung der Innenausstattung muss zunächst geprüft werden, ob die bisherigen Kostenermittlungen verfeinert werden und auf den Haushaltsvollzug abgestimmt werden können, da ansonsten ein erheblicher Mehraufwand entsteht.*

Aufgrund der im Rahmen des Sparpaktes 2004 Teil I und II beschlossenen weiteren Konsolidierungsmaßnahmen sind einzelne frühere Konsolidierungsbeschlüsse entweder zu modifizieren bzw. als erledigt zu betrachten:

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>	
153	Allgemein:	<i>Weiterer Vorschlag: Gutachtenvergabe an Externe zur Erzielung von Synergieeffekten in der Städteachse. Die Ausführungen im Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 27.10.1999 zur Forderung eines organisatorisch-funktionalen Quervergleichs im Konzern "Stadt Nürnberg" sind bei der Prüfung einzubeziehen.</i>	
		<b>Einsparziel</b>	<b>Einsparbetrag</b>
		2.000.000	1.750.000
		<b>Aufgrund der ID 1310 der HHK 2004 Teil 2 ist der Konsolidierungsbetrag um 250.000,-- Euro zu reduzieren</b>	
		<u>StA – Kommunale Zusammenarbeit</u> - Budgetreduzierung um 20% durch kommunale Zusammenarbeit nach Beschluss Lenkungsgruppe IKZ vom 15.12.03 = Einsparung 250.000 EUR	
		Das Feinkonzept für das gemeinsame Statistikamt wird derzeit erstellt und soll vor der Sommerpause dem Lenkungsausschuss vorgelegt werden.	

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>
155	Allgemein:	<i>T, GBA, ASN, Verwaltungsämter, VAG, BstA: Externes Gutachten für den Bereich Winterdienste, Grünflächen, Straßenunterhalt und ggf. Straßenreinigung (Überprüfung der Organisationsstrukturen, Aufgabenverteilung und Personalbemessung)</i>
106	T	<i>Straßenbeleuchtung: Betrieb u. Unterhalt - Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung (Werkstättenuntersuchung)</i>
113	T	<i>Straßenzubehör: Unterhalt - Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung (Werkstättenuntersuchung)</i>
		<b>Werden durch die ID 1405 der HHK 204 Teil 2 ersetzt:</b> <u>Prüfauftrag für die Bereiche Straßenunterhalt, Grün, Reinigung und Müllensammeln</u> <i>Vor einer intensiveren Prüfung der möglichen Formen der Zusammenarbeit im Großraum auf diesem Gebiet sollten die Schnittstellen in der Nbg. Struktur untersucht werden. Geprüft werden soll die Errichtung einer neuen Organisationseinheit (z.B. Eigenbetrieb) mit dezentralen Zuständigkeiten, die die Aufgaben Grün / Straßenunterhalt / Straßenreinigung / Winterdienst und Müllensammeln ganzheitlich erledigen. Da die volle Wirksamkeit der geschätzten Einsparzieles in Höhe von 2 Mio. € nicht im vorgegebenen Zeitraum erfolgen wird und auch die mögl. Auswirkungen auf die bisherigen Organisationsstrukturen nicht so schnell haushaltswirksam werden, wird vorgeschlagen, eine Einnahmeerwartung für den Zeitraum bis 2007 in Höhe von 1 Mio. € anzusetzen.</i>

Nach Bearbeitung einzelner Konsolidierungsbeschlüsse wurde ersichtlich, dass die darin festgelegten Konsolidierungsbeträge durch Anbringung eines kw-Vermerkes als erbracht betrachtet werden können. Diese Beschlüsse sollten nach Auffassung des o.g. Gremiums als erfüllt angesehen werden:

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>	<b>Einsparziel</b>	<b>Einsparbetrag</b>
53	St	<i>Zusammenlegung der Dienststellen Ka und St; dadurch Einsparung beim Overhead</i>	99.900	99.900

**Begründung:**

*Realisierung soll erst nach Abschluss des Projektes "Neues Rechnungswesen" erfolgen; Anbringung eines kw-Vermerks (wirksam ca. 2009) (POA vom 18.11.2003).*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
64	UwA	<i>Schnittstelle zu Altlasten/Bodenschutz bereinigen</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		30.000		30.000

**Begründung:**

*Realisierung über Anbringung von kw-Vermerken (POA vom 08.04.2003 bzw. 11.05.2004)*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
69	Ref. IV	<i>Prüfung der Zusammenlegung der pädagogischen Dienste</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		100.000		100.000

**Begründung:**

*19.000 Euro in 2003, 22.000 Euro in 2004 über Anbringen eines kw-Vermerks realisiert (POA vom 04.03.2003). Die weiteren Vorschläge von Stellenveränderungen wurde im Rahmen von HHK 2004.2 unter ID 1367 eingebracht (POA 11.5.2004):*

Zusammenlegung der Pädagogischen Dienste

Neustrukturierung des Bereiches der Pädagogischen Dienste: Bereich Fortbildung / innere Schulentwicklung / Medien- u. Umweltpädagogik, Bereich Beratung / Krisen- u. Konfliktmanagement / unterrichtsergänzende Angebote

*Realisiert durch sofortigen Stelleneinzug bzw. Anbringung von verschiedenen kw-Vermerken mit unterschiedlichen Wirksamkeiten (POA 11.5.2004). T*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
94	BAV	<i>Vorschlag BAV: Erhöhung des Anlegeranteils auf die Maximalwerte der bayr. Mustersatzung, Außerkraftsetzen der Ziff. 3 und 4 der städt. Vollzugsanweisung; Absenkung des Standards bei KAG-Maßnahmen</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		100.000		100.000

**Begründung:**

*Satzung wurde im Bau- und Vergabeausschuss vom 25.03.2003 einstimmig begutachtet. Die Erhöhung der Beitragssätze tritt zum 01.07.2003 in Kraft . Die Prüfung der Absenkung des Standards bei KAG-Maßnahmen erfolgt. Die Umsetzung erfolgt über Ansatzserhöhung bei Hst. 630.352.3000.5*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
107	T	<i>Einnahmeerhöhung durch Ausweitung der Kontrollgebiete</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		100.000		100.000

**Begründung:**

*in 2003 durch Erhöhung des Haushaltsstellenansatzes realisiert*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
108	T	<i>Wegfall des freiwilligen Schallschutzfensterprogramms, Wegfall der MIP-Ansätze 6301.4401</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		0		40.000

**Begründung:**

*40.000 Euro in 2003 durch Wegfall des MIP-Ansatzes realisiert*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
109	T	<i>Prüfen, ob kostendeckende Gebühren möglich sind</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		Siehe Konsolidierungsbeschluss ID 110		

**Begründung:**

*Der Prüfauftrag Nr. 109 (Verkehrsaufsicht) ist in engem Zusammenhang mit Konsolidierungsbeschluss Nr. 110 (Straßenaufsicht) zu sehen - siehe deshalb Nr. 110*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
110	T	<i>Prüfen, ob kostendeckende Gebühren möglich sind</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		80.000		80.000

**Begründung:**

*Der Prüfauftrag Nr. 110 (Straßenaufsicht) ist in engem Zusammenhang mit Konsolidierungsbeschluss Nr. 109 (Verkehrsaufsicht) zu sehen. Die Einnahmen der Rahmengebühren nach dem Kostengesetz und der StVO für verkehrliche Begutachtungen und Sondernutzungen sind bei einer Haushaltsstelle im UA 1131 veranschlagt. Bisher waren weitere Gebührenerhöhungen rechtlich nicht möglich. Ein Konsolidierungsbetrag in Höhe von 80.000,- Euro ist in 2003 erbracht worden. T hat hierfür die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen (Satzungen) geschaffen. Stk überwacht die Gebührenmehreinnahmen.*

<b>Nr.</b>	<b>Dst.</b>	<b>Aufgabe / Vorschlag</b>		
127	Ref.VII	<i>Wegfall einer Halbstelle</i>		
		<b>Einsparziel</b>		<b>Einsparbetrag</b>
		25.000		25.000

**Begründung:**

*in 2003 realisiert (kw-Vermerk); POA vom 9.9.2003*

Weiterhin hat sich bei der Umsetzung der unten stehenden Konsolidierungsbeschlüsse ergeben, dass eine Einsparung nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand zu erzielen ist. Das Gremium schlägt vor, den nachfolgend beschriebenen Konsolidierungsbeschluss aufzuheben:

Nr.	Dst.	Aufgabe / Vorschlag	
27	SpA	Standardreduzierung um 10% (i. d. R. StR-Beschlüsse)	
		<b>Einsparziel</b>	<b>Einsparbetrag</b>
		72.800	0

**Begründung:**

*Bei der Festlegung der Einsparvorgabe wurden einmalige projektbezogene Ansatzerhöhungen für die im Jahr 2001 stattgefundene Eishockey-WM versehentlich von Stk und SpA in die Berechnung miteinbezogen. Im Jahr 2002 wurde der Ansatz wieder nach unten korrigiert. Da diese Sondermittel SpA nicht mehr zur Verfügung stehen, kann derzeit keine Einsparung in dieser Höhe erreicht werden. Der Beschluss soll daher aufgehoben werden.*

Bisher wurden dem POA in seinen Sitzungen am 08. April 2003, 24. Juni 2003, 09.09.2003 sowie am 18.11.2003 im Zuge der Umsetzung des Sparpaketes 2003 insgesamt ca. 61 Vollkraftstellenreduzierungen (sofortiger Stelleneinzug bzw. künftiger Wegfall) zur Beschlussfassung vorgelegt. Im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung liegt ein weiterer Beschlussvorschlag über 2 Stelleneinzüge bzw. Stellenwertveränderungen vor. Zur Zeit liegen daneben noch weitere Vorschläge zur näheren Prüfung durch die eingesetzte Arbeitsgruppe vor. Über deren Ergebnis wird in den nächsten Sitzungen des POA berichtet.

II. Ref. I/POA

Nürnberg, den 27. April 2004  
 Amt für Organisation und  
 Informationsverarbeitung

(5222)

In Abdruck an:

- a) BgA
- b) Ref. II
- c) Ref. I/II - Stabsstelle
- d) PA
- e) Stk
- f) GPR

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

Erled.	lfd. Nr.	DSt	Aufgaben (Kurzbezeichnung)	Vorschlag	Einsparsumme ursprünglich	Einsparsumme derzeit	bisher haus- halts- wirksam erbracht	im Vollzug	Umsetzung
<b>OBM</b>									
	6	Pr	Öffentlichkeitsarbeit	a) Prüfung von Rezentralisierung der Öffentlichkeitsarbeit (Prüfauftrag, keine Einsparsumme) b) Wegfall der HSt. 0241.620.2500.1 Öffentlichkeitsarbeit Neue Medien und damit auch der Aufgabe (--> 15.000 Euro).	15.000	15.000	15.000	0	Es erfolgte 2003 eine Budgetverschlechterung durch Stk/1; ab 2004 wurde die Hst.stelle 0241.620.0500.1 gestrichen. Die Prüfung von a) erfolgt derzeit durch OrgA und Pr.
<b>Zwischensumme* OBM</b>					<b>179.850</b>	<b>179.850</b>	<b>179.850</b>	<b>0</b>	
<b>SRD</b>									
	10	Gh	Tuberkuloseberatung / Umgebungs-untersuchungen	Reduzierung um 68.150 Euro. Prüfauftrag über 100.000 Euro zum Betrieb der Röntgenstelle.	168.150	168.150	68.150	100.000	Es erfolgte für 2003 eine Budgetverschlechterung in Höhe von 5.200; ab 2004 ist eine entsprechende Verschlechterung in Höhe von 68.150 vorgesehen. Darüberhinaus werden Verhandlungen mit Kliniken und niedergelassenen Radiologen geführt, um für den zukünftigen Betrieb die kostengünstigste sowie für den Arbeitsablauf optimale Form zu finden und den noch offenen Konsolidierungsbetrag zu erbringen.
	12	Gh	Mütter- / Elternberatung	Reduzierung auf gesetzliches Mindestangebot (Prüfbericht zur Haushaltsrechnung 2001) prüfen	150.000	150.000	0	0	In Verhandlungen mit ASD, J, freien Trägern, SchV und staatlichem Schulamt wird ein neues Konzept für den gesamten Kinder- und Jugendärztlichen Dienst erarbeitet. Darin werden auch die Untersuchungen in Kindergärten und Schulen (lfd. Nr. 14) berücksichtigt, da beide Fragen nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes gelöst werden können. Über dieses Konzept soll im Gesundheitsausschuss berichtet werden.

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

	14	Gh	Untersuchungen in Kindergärten und Schulen	Prüfauftrag: Übertragung an die niedergelassenen Kinderärzte (Prüfbericht zur Haushaltsrechnung 2001) prüfen	200.000	200.000			siehe lfd. Nr. 12
	17	SRD	Weiterer Vorschlag	Maßnahmen der Organisations- und Strukturreform unter Einschluss aufgabenkritischer Feinjustierung des SRD-Bereichs (Schaffung eines Bürgeramtes)	300.000	300.000	160.000		Im Geschäftsbereich von SRD sollen durch Umstrukturierungen Angebote für Bürgerinnen und Bürger gebündelter angeboten werden. Durch Schnittstellenreduzierungen, schlankere Hierarchien und aufgabenkritische Betrachtungsweise können Einsparungen erzielt werden und gleichzeitig das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger "konzentrierter" zur Verfügung gestellt werden. Zeitnahe Einsparungen in Höhe von knapp 160.000 Euro werden insbesondere durch Anbringung von kw-Vermerken bzw. Stelleneinzügen und -wertveränderungen erzielt, welche in 2004 wirksam werden. Zur Zeit erarbeitet die eingesetzte Projektgruppe ein Grobkonzept zur Schaffung eines Bürgeramtes. Eine Vorlage dieses Konzeptes wird in den POA eingebracht.
X	18	StA	Weiterer Vorschlag		50.000	10.000	0	0	Durch die Zusammenarbeit mit Privatfirmen ist nur die Erreichung einer Teilbetrages in Höhe von 10.000 Euro möglich. Angesichts der im Rahmen des Projektes der Interkommunalen Zusammenarbeit festgelegten Einsparvorgabe von 20 % sieht SRD/StA keine Möglichkeit einen Ersatzvorschlag zu benennen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt die Reduzierung der Einsparsumme.
	19	VAN	Hausverwaltung öffentliche Gebäude	Wegfall der Außenstelle Neunhof, Verlagerung Zweitbücher StN, 1 Stelle der VGr. VIb	38.600	38.600	19.300		Die Außenstelle Neunhof wurde zum 01.04.2004 geschlossen. Ein zumindest teilweiser Stelleneinzug wurde realisiert. Die Räumlichkeiten sollen durch J im Form einer Kinderkrippe genutzt werden. Ein entsprechendes Konzept wird derzeit erarbeitet.

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	20	VAN	Fortführung der Personenstandszweitbücher	Elektronisches Zweitbuch prüfen	0	0	0	0	Eine Reform des PStG ist frühestens ab dem Jahr 2005 zu erwarten. Aufgrund der bundesweiten Entwicklung auf dem Gebiet der Einführung einer neuen Software für das Personenstandsrecht ist mit einer einheitlichen Software ab ca. 2005/2006 zu rechnen. Aufgrund der laufenden Überlegungen zur digitalen Signatur und zum Bürokratieabbau erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass nach Einführung dieser Software voraussichtlich das Führen von Zweitbüchern zukünftig entbehrlich sein wird. StN wird sich zeitnah nach der Bereitstellung der bundesweit einheitlichen Software um deren Einsatz kümmern. SRD wird das Thema weiter an das Innenministerium und den Dt. Städtetag herantragen.
<b>Zwischensumme* SRD</b>					<b>1.183.950</b>	<b>1.117.950</b>	<b>325.450</b>	<b>260.400</b>	
<b>BM</b>									
	21	FW	Kabelnetz der Stadt Nürnberg	Gewinnbringende Vermietung und Synergienutzung des bestehenden Netzes prüfen	0	0	0	0	Aufbauend auf den Ergebnissen früherer Untersuchungsaufträge zu diesem Thema wurden von BgA und BM fünf Modelle, die die optimale Vermarktung des bestehenden städtischen Lichtwellenleiter-Kabelnetzwerkes zum Ziel haben, in Zusammenarbeit mit der N-Energie geprüft. Im Rahmen eines internen Workshops zum Thema „Kabelnetz“ wurden verschiedene Varianten insbesondere zur Verbesserung der Erlösstruktur beim LWL-Kabelnetz der FW geprüft. Nachdem die freien Kapazitäten ermittelt wurden, wird derzeit eine Ausschreibung vorbereitet, um den Marktwert dieser Kapazitäten zu ermitteln. Im Laufe von 2004 soll ein entsprechender Bericht mit Entscheidungsgrundlage vorgelegt. Die Federführung für den Bericht und die durchzuführende Maßnahme liegt bei BM.

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	22	FW	Brandmeldewesen und Alarmierungstechnik	Prüfen, siehe Werkstattbericht; Betriebsabrechnung (BAB) mit erfassten Zahlen prüfen/vergleichen	0	0	175.000	0	Die Erhöhung der Brandmeldegebühren wurde nach der Begutachtung durch den RWA zwischenzeitlich auch durch den Stadtrat am 23.07.2003 beschlossen. Der Bereich Brandmeldewesen und Alarmierungstechnik wird nach Aussage von FW vollständig über Gebühren finanziert.
	23	FW	Rückwärtige Dienste	Prüfen lt. Werkstattbericht: Übernahme der Atemschutzwerkstatt von StEB und dadurch Einsparung einer halben Stelle (15.000 Euro) bei StEB; Vergabe von Elektroinstallationsarbeiten im Bereich der Schwach- und Starkstromanlagen ; Vergabe der Reparaturarbeiten	0	0	0	0	Fw ist sich mit StEB über die grundsätzliche Übernahme deren Atemschutzwerkstatt einig und die Umsetzung auch realisierbar. Zur Zeit wird die Umsetzungsplanung (Ablauf und Zeitplanung) konkretisiert.

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	24	SpA	Freibäder	Einsparungen durch organisationsstrukturelle Veränderungen im Bäderbereich (Hallen- und Freibäder)	650.000	650.000	175.750		Die Beschlüsse Nrn. 24 und 28 wurden in einer Projektgruppe aus BgA, SpA, Ref. II und OrgA bearbeitet. Aufbauend auf das Ergebnis der Projektgruppe "Bäder" wurde versucht, unter Einbezug von privaten Investoren und Vereinen einen Betreibermix für die Bäder zu finden. Ein Konzept zur Grundsatzentscheidung über die Rechtsform der Bäder wurde am 09.05.2003 in die Sportkommission eingebracht. Im StR am 02.07.2003 wurde die Gründung eines Eigenbetriebes FrankenBad beschlossen. Dabei wurde festgelegt, dass von NüBad ein entsprechender Konsolidierungsbetrag im Wirtschaftsplan Berücksichtigung findet. Hierzu wurden konkrete Vorschläge über Stelleneinzüge in Höhe von 175.750 Euro vorgelegt. Diese werden sukzessive umgesetzt. Eine Erhöhung der Bädergebühren wurde durch die Sportkommission begutachtet. Im Sparpaket 2004 Teil II ist unter ID 1389 ab dem Jahr 2004 vorgesehen, den Verlustausgleich um 361.000,- Euro zu reduzieren. Die bisherigen Konsolidierungsbeschlüsse aus den Haushaltsberatungen 1999 und 2003 sind entsprechend abzuändern und die Beträge zu reduzieren.
---	----	-----	-----------	--	---------	---------	---------	--	--

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	25	SpA	Unterhalt städtischer Sportanlagen	Keine kostenlose Überlassung von städtischen Sportanlagen und -geräten an Vereine und Verbände, Beteiligung an den Gesamtkosten von 2.256.000 Euro in Höhe von 15%; Vereine benötigen zur Umsetzung einen Vorlauf, deshalb ab 2004; Kinder und Jugendliche unter 14 J. keine Kostenbeteiligung; Jugendl. ab 14 J. werden mit dem halben Satz veranschlagt.	350.000	350.000	75.500	0	Das Sportamt erarbeitete in Abstimmung mit dem Schulreferat die Umsetzung dieses Vorschlages, bei der durch die Erhebung von Nutzungsentgelten kein Betrieb gewerblicher Art entsteht. Der Stadtrat hat eine eingeschränkte Gebührenerhebung (Kinder frei und Jugendliche ermäßigter Betrag) beschlossen. Zudem sind in den genannten Gesamtkosten auch die Kosten für die Sportplätze und Bäder enthalten. Weiterhin sind reduzierte Hallennutzungen durch die Vereine sowie der Mehraufwand für die Erhebung der Mehreinnahmen als Betrieb gewerblicher Art gegen zu rechnen. Realisierbar ist nach Berechnung von Stk derzeit per Saldo nur eine Einsparung / Haushaltsverbesserung in Höhe von 75.500,- Euro. Die Kostenbeteiligung der Vereine und Verbände an den Gesamtkosten für die städtischen Sportanlagen und -geräte wurde ab 2004 erreicht.
A	27	SpA	Veranstaltungen Dritter	Standardreduzierung um 10% (i. d. R. StR-Beschlüsse)	72.800	72.800		0	Bei der Festlegung der Einsparvorgabe wurden einmalige projektbezogene Ansatzerhöhungen für die im Jahr 2001 stattgefundenene Eishockey-WM versehentlich von Stk und SpA in die Berechnung miteinbezogen. Im Jahr 2002 wurde der Ansatz wieder nach unten korrigiert. Da diese Sondermittel SpA nicht mehr zur Verfügung stehen, kann derzeit keine Einsparung in dieser Höhe erreicht werden. Der Beschluss soll daher aufgehoben werden.
X	28	SpA	Öffentliche Hallenbäder	Überführung der Bäder in eine andere Rechtsform (unter Umsetzung des Bäderkonzeptes)	0	0	0	0	siehe lfd. Nr. 24

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

	29	SpA	Weiterer Vorschlag	Prüfung der Übertragung der Betriebsführung von Sporthallen auf Sportvereine	0	0	0	0	Auf Empfehlung der eingesetzten Arbeitsgruppe wurde im Rahmen eines Pilotprojektes bei einer Sporthalle (Sporthalle der Georg-Ledebour-Schule) die Betriebsführung auf einen Sportverein nach beschränkter Ausschreibung übertragen. Nach Abschluss des zweijährigen Pilotversuchs können Vor- und Nachteile einer Bewirtschaftung durch Vereine analysiert und über das weitere Vorgehen entschieden werden. Probleme liegen in dem sanierungsbedürftigen Zustand vieler Turnhallen sowie den in der Folge abzuschließenden Nutzungsverträgen zwischen Schulen und Sportvereinen, um Sportunterricht durchführen zu können.
<b>Zwischensumme* BM</b>					<b>1.319.400</b>	<b>1.319.400</b>	<b>672.850</b>	<b>0</b>	
<b>Ref. I</b>									
	39	PA	Weiterer Vorschlag	Reduzierung um eine Stelle	64.000	64.000	0	0	Umsetzung nach Abschluss der Tarifverhandlungen über die Arbeiterversorgung - siehe auch Nr. 152

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

41	Ref. I	Betriebsärztlicher Dienst	Übertragung auf Private; 1 x A 14 (87.100 Euro) + 1 x VII/VIb (37.150 Euro) = 124.250 Euro x 20 % = 25.000 Euro	25.000	25.000	0	25.000	Zur zeitnahen Erbringung der Einsparvorgabe wurde ein Ersatzvorschlag eingebracht, durch den durch Veränderung des Abrechnungsverfahrens (zukünftig nicht mehr durch Verwaltungskostenerstattung, sondern durch Kostenrechnung) sowie durch zusätzliche Einnahmeakquirierung bei der HfM Mehreinnahmen erreicht werden. Weiterhin erfolgen Stundenreduzierungen, um die Einsparvorgabe insgesamt zu erreichen. Für den ursprünglichen Vorschlag wurde im Vorfeld durch eine Städteumfrage die Erfahrungen anderer Kommunen im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung des Betriebsärztlichen Dienstes abgefragt. Derzeit läuft ein Modellversuch seitens StEB, bei dem Teile der dort anfallenden Untersuchungen vergeben wurden. Dabei wird geprüft, welche Qualitätsstandards bei Erledigung durch Private realisiert werden können. Nach Auswertung des Modellversuchs werden Angebote eingeholt und bewertet. Eine Entscheidung im POA darüber kann erst danach herbeigeführt werden.
43	PA	Weiterer Vorschlag	Einzug einer A 15-Stelle, einer A 12-Stelle und einer A10-Stelle bei PA	200.000	200.000	49.200	99.900	a) Anbringen eines kw-Vermerks (A15) POA vom 08.04.2003; b) Einzug A 9/10-Stelle in 2003 (POA vom 08.04.2003); c) ein Vorschlag über den Restbetrag im Laufe von 2004

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

44	Ref. I	Fachkräfte für Arbeitssicherheit	Übertragung auf Private; 1 x A 15 ( 99.900 Euro) + 2 x IV a/III (128.000 Euro) = 228.800 Euro x 20% = 45.760 Euro	46.000	46.000	0	46.000	Zur zeitnahen Einsparung wird auf die bisherige pauschale Verwaltungskostenerstattung verzichtet und durch eine Kostenerstattung nach dem bereitgestellten Stundenkontingent von den Eigenbetrieben ersetzt. Zur Zeit werden darüber hinaus die Einzelheiten einer mit Stellenveränderung verbundenen Umorganisation untersucht. Die Prüfung von Angeboten entsprechender Dienste, die Ergebnisse einer interkommunalen Städteumfrage sowie die Würdigung der Rechtslage ergab die Empfehlung, von der genauen Umsetzung des ursprünglichen Konsolidierungsvorschlages Abstand zu nehmen.
45	PA	Weiterer Vorschlag	Prüfauftrag:Zahlbarmachung der Bezüge	0	0	0	0	Aufgrund der Einführung von SAP/HR für die Personalabrechnung bei PA sowie die Integration des Themas in die Interkommunale Zusammenarbeit (siehe lfd. Nr. 153) wird die Prüfung zunächst zurückgestellt.
48	ZD	Hausdruckerei	Beachtung der BeSchO und damit bessere Auslastung und Kostendeckung bzw. Mehreinnahmen; Prüfung der Übertragung auf die WfB; der Standort bleibt wie bisher; das Personal kann von der WfB übernommen werden	250.000	250.000	0	0	Die Verhandlungen mit Vertretern der WfB, die durch deren Aufsichtsrat mit der Prüfung der Übernahme beauftragt wurden, laufen. Neben der Übernahme der Maschinen und der Raumfrage ist insbesondere die Vereinbarung des künftigen Leistungsaustausches zu verabreden. Der voraussichtliche Realisierungszeitpunkt 01.07.2004 verschiebt sich aufgrund des Wasserschadens in den Räumen der WfB. Eine POA-Vorlage ist im Laufe des Jahres vorgesehen.
<b>Zwischensumme* Ref. I</b>				<b>2.380.500</b>	<b>1.380.500</b>	<b>470.965</b>	<b>539.850</b>	
<b>Ref. II</b>								

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	53	St	Steuerung und Organisation des Steueramtes	Zusammenlegung der Dienststellen Ka und St; dadurch Einsparung beim Overhead	99.900	99.900	0	99.900	Realisierung soll erst nach Abschluss des Projektes "Neues Rechnungswesen" erfolgen; Anbringung eines kw-Vermerks (wirksam ca. 2009) (POA vom 18.11.2003).
	57	Stk	Vermögens- und Schuldenverwaltung, Zuschüsse	Erhöhung der Leitungsspannen	34.000	34.000	0	34.000	Umstrukturierungen in Verbindung mit Abschluss des Projektes "Neues Rechnungswesen"
<b>Zwischensumme* Ref. II</b>					<b>201.025</b>	<b>201.025</b>	<b>38.625</b>	<b>162.400</b>	
<b>Ref. III</b>									
	58	GBA	Unterhalt/Pflege von öffentl. Verkehrsraum	Umwandlung von städtischen Flächen in Bauland	26.000	26.000	0	0	Ein abgestimmter (Referentenbesprechung 04.02.2003) Verwaltungsvorschlag wurde zurückgezogen. Ersatzvorschläge werden zur Zeit erarbeitet.
	59	GBA	Planung/Neubau von Grünanlagen	Konzentration auf Sanierung von Grünanlagen in weniger pflegeaufwändige Gestaltungsformen prüfen	0	0	0	0	Alle vorhandenen Flächen mit Wechselbepflanzung sowie Stauden- und Rosenbepflanzung wurden nochmals auf ihre Notwendigkeit überprüft. Da diese in den letzten Jahren bereits deutlich reduziert wurden, kann darüber hinaus nach Aussagen von GBA kein weiterer Einsparbeitrag erzielt werden.
X	61	GBA	Unterhalt/Pflege von Kleingartenanlagen	Verhandlungsauftrag mit dem Ziel der Abänderung des Generalpachtvertrages und Übertragung der Unterhaltspflicht auf Kleingartenvereine. Beschränkung der städtischen Mitwirkung auf den Abschluss von Pachtverträgen (hilfsweise Pachterhöhung).	400.000	320.000	320.000	0	Der Kleingartenverband sprach sich gegen entsprechende Verhandlungen aus. Aufgrund eines Gutachtens von LA über eine evtl. Pachtpreiserhöhung wurde eine Satzungsänderung im RWA (22.10.2003) begutachtet. Hierdurch können jedoch max. 320.000 Euro erzielt werden.

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

	62	GBA	Unterhalt/Pflege von Grünanlagen	Umwandlung von städtischen Flächen in Bauland nach Einzelbehandlung der Grundstücke im AfS; Optimierung des Regiebetriebs; keine Zerstörung von "Grünzüge und Grünen Bändern".	400.000	400.000	0	0	Ein Verwaltungsvorschlag (Referentenbesprechung 04.02.2003) wurde zurückgezogen. Ersatzvorschläge werden zur Zeit erarbeitet.
	63	UA	Weiterer Vorschlag	Prüfen, ob im Konzern (N-Ergie, WBG, StEB) oder im Rahmen der Städteachse Synergieeffekte bzw. eine Erhöhung der Kostendeckung bei Laborarbeiten realisierbar ist	200.000	200.000	0	0	Die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe aus UA, StEB und AquaOpta unter Federführung von OrgA sowie die Ergebnisse weiterer Prüfungen wurden den Beteiligten vorgelegt.
X	64	UwA	Boden-/ Gewässerschutz Genehmigungsmanagement	Schnittstelle zu Altlasten/Bodenschutz bereinigen	30.000	30.000	21.000	0	Realisierung über Anbringung von kw-Vermerken (POA vom 08.04.2003 bzw. 11.05.2004)
	65	UwA	Grünordnungspläne	Schnittstellen UwA/3 und UwA/4; Hierarchieaufbau prüfen, Reduzierung nach Fertigstellung des Landschaftsplanes prüfen	0	0	0	0	Die verwaltungsinterne Prüfung durch UwA und OrgA dauert noch an. Über das Ergebnis wird berichtet
<b>Zwischensumme* 2. BM</b>					<b>1.227.900</b>	<b>1.147.900</b>	<b>373.000</b>	<b>139.900</b>	
<b>Ref. IV</b>									
X	69	Ref.IV	Weiterer Vorschlag	Prüfung der Zusammenlegung der pädagogischen Dienste	100.000	100.000	31.000	69.000	19.000 Euro in 2003, 22.000 Euro in 2004 über Anbringen eines kw-Vermerks realisiert (POA vom 04.03.2003). Die weiteren Vorschläge von Stellenveränderungen wurde im Rahmen von HHK 2004.2 unter ID 1367 eingebracht (POA 11.5.2004) und werden durch Stelleneinzüge und Anbringung von kw-Vermerken zeitnah realisiert.
<b>Zwischensumme* Ref. IV</b>					<b>590.000</b>	<b>590.000</b>	<b>331.000</b>	<b>259.000</b>	
<b>Ref. V</b>									

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

	75	J	Beurkundungen	Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung	0	0	0	0	Die Organisation der Abteilung Beistand-/Amtsvormundschaften wurde 1996 einer tiefgreifenden Umstrukturierung unterzogen und in den letzten Jahren laufend den weiteren Anforderungen angepasst. Die möglichen Prozessoptimierungspotentiale wurden bereits realisiert und sind daher zur Zeit ausgeschöpft, was sich u.a. in dem Beschluss des StR zur Schaffung zweier zusätzlicher Stellen zum Haushalt 2003 dokumentiert. Noch nicht absehbar ist, ob die geplante Einführung eines neuen DV-Verfahrens für J und ASD weitere Optimierungspotentiale freisetzt. Es wird vorgeschlagen, die Konkretisierung dieses Vorhabens (Einsatz geplant bei J zum 01.01.2005) abzuwarten.
	76	J	Beistandschaft	Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung	0	0	0	0	siehe lfd. Nr. 75
	77	J	Finanzierung von Leistungen nach Unterhaltsvorschussgesetz	Vergabe an Inkasso-Unternehmen prüfen, Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung	0	0	0	0	Das bisher kostenlos erfolgte Inkassoverfahren wird auch zukünftig weiterhin unverändert durch die Bezirksfinanzdirektion Ansbach durchgeführt (§ 2 GKG bzw. § 2 GvKostG i. V. m. §§ 1 ff. VertrV). Der Einzug von Rückforderungen nach § 7 UVG durch private Inkasso-Unternehmen scheitert an gesetzlichen Vorgaben. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2003 wurden für J Stellen befristet geschaffen, die sich über Einnahmeerhöhungen refinanzieren sollen. Eine entsprechende Zielvereinbarung wurde mit J abgeschlossen. Eine laufende Überprüfung über die Entwicklung der Einnahmeerhöhungen findet statt. Das Ergebnis dieser Zielvereinbarung sollte zunächst abgewartet werden, bevor eine Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung sinnvoll erscheint.

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	78	J	Schülertreffs	Schnittstelle Schulsozialpädagogik prüfen	0	0			Da sich die Arbeitsansätze und die Aufgabenstellung inhaltlich unterscheiden, sind keine Einsparpotential realisierbar. Eine Behandlung ist in der gemeinsamen Sitzung SchulA/JHA am 16.10.2003 erfolgt.
	80	J	Weiterer Vorschlag	nächste Erhöhung der Gebühren bei Kindertagesstätten ab 2005	300.000	300.000		300.000	Begutachtung im JHA sowie Beschlussfassung im StR in 2004 geplant (Wirksamkeit 2005).
	82	Ref.V	Sozialberichterstattung / Armutsbericht	Jährliche detaillierte Berichterstattung über Zuschussgewährung im Bereich des Referates	0	0	0	0	Ein erster Teilbericht des Sozialberichtes erfolgte in der Sitzung des Sozialausschusses am 4.12.2003; Teil 2 folgt.
X	83	Ref.V	Weiterer Vorschlag	Prüfung einer Versicherung für Hilfeempfänger bei der AOK; Prüfung rechtlicher Alternativen; Initiative im Städtetag	0	0	0	0	Die Einbeziehung der Sozialhilfeempfänger in die Versicherungspflicht ist mit Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes (§ 28) geregelt werden.
	85	Ref.V	Weiterer Vorschlag	Prüfen:NOA Verlustausgleich (s. HSt. 4011.716.0000.0); Auswirkung der Vorschläge der Hartz-Kommission prüfen	0	0	0	0	Diese Prüfung erfolgt im Zusammenhang mit den Überlegungen hinsichtlich der gesetzl. Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission. Bezüglich des NOA-Ergebnisses ist Ref. II als Beteiligungsreferat in Gesprächen mit Ref. V und NOA. Über das Ergebnis wird berichtet.
	91	SHA	Nürnberg-Pass	Prüfauftrag: Wirkung und Kosten prüfen; derzeitiges Defizit 113.500 Euro	0	0	0	0	Aufgrund des hohen Anteils der manuell auszustellenden Nürnberg-Pässe ist eine Reduzierung der Personalkapazität nicht möglich. Zur Zeit werden die Wirkung und die Kosten des Nürnberg Passes überprüft.

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

	92	SHA	Kriegsopferfürsorge	Stelleneinsparung prüfen	50.000	50.000	0	0	Im Rahmen des Wechsels in der Leitung dieses Aufgabengebietes wird im Laufe des Jahres 2004 eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Dabei wird auch der zu erbringende Konsolidierungsbeschluss berücksichtigt. Eine konkrete Stellenplannummer zur Realisierung der Einsparung kann erst nach Abschluss der Untersuchung genannt werden.
<b>Zwischensumme* Ref. V</b>					<b>3.011.700</b>	<b>3.011.700</b>	<b>2.108.400</b>	<b>609.500</b>	
<b>Ref .VI</b>									
X	94	BAV	Straßenausbaubeiträge	Vorschlag BAV: Erhöhung des Anlegeranteils auf die Maximalwerte der bayr. Mustersatzung, Außerkraftsetzen der Ziff. 3 und 4 der städt. Vollzugsanweisung; Absenkung des Standards bei KAG-Maßnahmen	100.000	100.000	100.000	0	Satzung wurde im Bau- und Vergabeausschuss vom 25.03.2003 einstimmig begutachtet. Die Erhöhung der Beitragssätze tritt zum 01.07.2003 in Kraft . Die Prüfung der Absenkung des Standards bei KAG-Maßnahmen erfolgt. Die Umsetzung erfolgt über Ansatzserhöhung bei Hst. 630.352.3000.5
	98	H	Kommunales Energiemanagement	Reduzierung um 1 Stelle	64.000	64.000	9.220	0	Einzug einer Stelle wurde im POA 08.04.2003 beschlossen; der größte Teil des Stelleneinzuges wurde für die HHk 4 x 1% angerechnet.
	99	H	Weiterer Vorschlag	Standardreduzierung: Kostensenkung durch einfachere Ausstattung bei Neu- und Umbauten	0	0	0	0	Die Auswertung des zwischen den Beteiligten erfolgten Abstimmungsgespräches fand zwischenzeitlich statt. Langfristig erscheint eine Kostenersparnis grundsätzlich nicht gegeben, da erhöhte Unterhaltskosten gegenzurechnen sind. Bei der Erstellung der Planung und Durchführung wird jedoch zukünftig verstärkt auf die Einhaltung von Standards geachtet.
	100	H	Servicebetriebe Technik	Vergabe nicht-zeitkritischer Reparaturen	150.000	150.000	0	0	Der seitens H vorgelegte Alternativvorschlag wird zur Zeit von OrgA geprüft und das Ergebnis wird der Arbeitsgruppe zur Entscheidung vorgelegt.

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	106	T	Straßenbeleuchtung: Betrieb u. Unterhalt	Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung (Werkstättenuntersuchung)	0	0	0	0	fließt in die Bearbeitung der lfd. Nr. 155 ein
X	107	T	Verkehrsüberwachung: ruhender Verkehr	Einnahmeerhöhung durch Ausweitung der Kontrollgebiete	100.000	100.000	100.000	0	in 2003 durch Erhöhung des Haushaltsstellenansatzes realisiert
X	108	T	Lärmschutzzeitr.:Planung u Bau, Schallschutzgutacht	Wegfall des freiwilligen Schallschutzfensterprogramms, Wegfall der MIP-Ansätze 6301.4401	0	0	40.000	0	40.000 Euro in 2003 durch Wegfall des MIP- Ansatzes realisiert
X	109	T	Verkehrsaufsicht: Verkehrliche Begutachtungen	Prüfen, ob kostendeckende Gebühren möglich sind	0	0	0	0	Der Prüfauftrag Nr. 109 (Verkehrsaufsicht) ist in engem Zusammenhang mit Konsolidierungsbeschluss Nr. 110 (Straßenaufsicht) zu sehen - siehe deshalb Nr. 110
X	110	T	Straßenaufsicht: Sondernutzungen	Prüfen, ob kostendeckende Gebühren möglich sind	80.000	80.000	80.000	0	Der Prüfauftrag Nr. 110 (Straßenaufsicht) ist in engem Zusammenhang mit Konsolidierungsbeschluss Nr. 109 (Verkehrsaufsicht) zu sehen. Die Einnahmen der Rahmengebühren nach dem Kostengesetz und der StVO für verkehrliche Begutachtungen und Sondernutzungen sind bei einer Haushaltsstelle im UA 1131 veranschlagt. Bisher waren weitere Gebührenerhöhungen rechtlich nicht möglich. Ein Konsolidierungsbetrag in Höhe von 80.000,- Euro wird 2003 erbracht werden; T hat hierfür die notwendigen Voraussetzungen rechtlichen Voraussetzungen (Satzungen) geschaffen. Stk überwacht die Gebührenmehreinnahmen.
	111	T	Weiterer Vorschlag	Reduktion im Bereich Straßenbau (Planung) um 3 Stellen	192.000	192.000	192.600		Die Einsparsumme bei ID 111 und 114 wurde durch kw-Vermerke (POA vom 08.04.2003) sowie durch Budgetkürzung i.H.v. 204.300 . Die Auswirkungen auf Geo werden zur Zeit verwaltungsintern geprüft.

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	113	T	Straßenzubehör: Unterhalt	Organisationsuntersuchung mit Personalbemessung (Werkstättenuntersuchung)	0	0	0	0	fließt in die Bearbeitung der lfd. Nr. 155 ein
X	117	Vm	Weiterer Vorschlag	Prüfauftrag: Durch Werbung auf den 10 Meß-KfZ des Vm könnten evtl. zusätzliche Einnahmen erzielt werden	0	0	0	0	Nach Verhandlungen mit der Stadtreklame wird von dieser Seite kein Bedarf an Werbeflächen benötigt. Die Pkw's haben in der Regel für Werbemaßnahmen ungünstige Standorte. Pr wird Vm bei der zukünftigen Sponsorensuche für die Fahrzeuge unterstützen.
<b>Zwischensumme* Ref. VI</b>					<b>1.560.550</b>	<b>1.540.550</b>	<b>1.119.970</b>	<b>248.450</b>	
<b>Ref. VII</b>									
	122	LA	Verwaltung von Immobilien d. allg. Grundbesitzes	Stellenbemessung prüfen	0	0	0	0	Die Stellenbemessung wird derzeit in Abstimmung zwischen LA und OrgA durchgeführt.
X	125	LA	Weiterer Vorschlag	Prüfung der weitergehenden Vergabe der Wohnungsverwaltung	0	0	0	0	Es werden derzeit nur noch 25 Wohnungen direkt von LA verwaltet. Die Verwaltung der Wohnungen wurde soweit möglich bereits an Dritte vergeben.
X	127	Ref.VII	Öffentlichkeitsarbeit Stab/Stadtentwicklung	Wegfall einer Halbstelle	25.000	25.000	25.000	0	in 2003 realisiert (kw-Vermerk); POA vom 9.9.2003

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

134	WS	Weiterer Vorschlag	Organisationsuntersuchung (Aufgabenänderung u.a. im Zuge der Umsetzung der Hartz-Vorschläge)	0	0	0	0	Zur Beurteilung der Aufgabenänderungen im Zuge der Umsetzung der Hartz-Vorschläge fand am 22.01.2003 auf Initiative von BgA ein Gespräch bei der Bundesanstalt für Arbeit statt. Die Bundesanstalt für Arbeit sah keine Ansatzpunkte, originäre Leistungen von WS in den künftigen Jobcentern anzubieten. Diese Auffassung wird von WS geteilt. Damit dürfte nach Ansicht von WS der Prüfauftrag erledigt sein. Unabhängig von den Auswirkungen der Hartz-Vorschläge soll trotzdem eine Organisationsuntersuchung durchgeführt werden. Eine entsprechende Abstimmung mit der Dienststelle und ein weiterer Verfahrensvorschlag wird zur Zeit hierfür erarbeitet.
135	WS	Dienststellenleitung und Verwaltung	Abwertung auf A 11-Stelle (einer A15-Stelle)	40.000	40.000	0	40.000	kann zum 01.10.2006 realisiert werden (POA vom 08.04.2003)
<b>Zwischensumme* Ref. VII</b>				<b>563.200</b>	<b>434.200</b>	<b>192.450</b>	<b>227.600</b>	
<b>Ref. VIII</b>								
143	Ref.VIII	Weiterer Vorschlag	Vertrag mit Germanischen Nationalmuseum prüfen	200.000	200.000	0	0	Bei Verhandlungen über den Wirtschaftsplan des GNM wurde die Absicht, entweder eine Veränderung des Verteilungsschlüssels zugunsten der Stadt zwischen den Geldgebern Bund, Land und Stadt zu erreichen oder das Finanzvolumens des Wirtschaftsplanes abzusenken, angekündigt. Der Wirtschaftsplan 2004 wurde jedoch auf der Basis des noch gültigen Verteilungsschlüssels festgelegt. Ref. VIII und Ref. II stehen in Gesprächen mit den anderen Zuschussgebern (Bund und Land). Ein Ergebnis ist noch nicht gegeben. Siehe auch ID 526 aus HHK 2004 Teil I
150	Th	Schauspiel Nürnberg	Prüfauftrag: Wegfall der Blue Box als vierte Spielstätte	0	0	0	0	Soll im Rahmen der Sanierung des Schauspielhauses geprüft werden.
<b>Zwischensumme* Ref. VIII</b>				<b>3.369.000</b>	<b>3.344.000</b>	<b>1.418.240</b>	<b>1.725.760</b>	

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

<b>Eigenbetriebe</b>									
<b>Zwischensumme* Eigenbetriebe</b>				<b>275.000</b>	<b>275.000</b>	<b>275.000</b>	<b>0</b>		
<b>Konzern</b>									
	152	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	Verhandlungen zur Arbeiterversorgung, Änderung des Tarifvertrages	0	0	0	0	Austausch auf fachlicher Ebene findet statt - siehe auch Nr. 39
<b>X</b>	153	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	Gutachtenvergabe an Externe zur Erzielung von Synergieeffekten in der Städteachse. Die Ausführungen im Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 27.10.1999 zur Forderung eines organisatorisch-funktionalen Quervergleichs im Konzern "Stadt Nürnberg" sind bei der Prüfung einzubeziehen.	2.000.000	1.750.000	0	0	Im Dezember 2002 wurde durch die Oberbürgermeister das Projekt „Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach“ gestartet. Zu folgenden Themen wurden Projektgruppen mit Mitgliedern aus allen vier Städten eingesetzt: Beschaffung, Dokumentenmanagement, Grafische Informationssysteme, Gebäudebewirtschaftung, Steuerbescheide, Betriebsprüfungen, Baubetriebshöfe, interner Personalservice und Statistik. Über den Stand der Projekte und erste Ergebnisse wurde im Stadtrat am 28.01.04 berichtet. Zur Umsetzung des organisatorisch- funktionalen Quervergleichs wurden Verhandlungen zwischen StWN und Stadtverwaltung geführt. Aufgrund der unter ID Nr. 1310 der HHK 2004.2 beschlossenen Einsparung durch die Schaffung einer gemeinsamen Statistikstelle ist der Konsolidierungsbeschluss um 250.000,-- Euro zu kürzen.

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

X	155	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	T, GBA, ASN, Verwaltungsämter, VAG, BstA: Externes Gutachten für den Bereich Winterdienste, Grünflächen, Straßenunterhalt und ggf. Straßenreinigung (Überprüfung der Organisationsstrukturen, Aufgabenverteilung und Personalbemessung)	0	0	0	0	Im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit in der Städteachse (s. lfd. Nr. 153) wurden in einer Projektgruppe die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der "Baubetriebshöfe" geprüft. Vor der weiteren Behandlung im IZ soll nun zuerst innerhalb der Stadt Nürnberg weiter geprüft werden - siehe ID 1405 der HHK 2004.2 (Prüfauftrag für die Bereiche Straßenunterhalt, Grün, Reinigung und Mülleinsammeln 1.000.000 Euro)
X	156	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	MIP: angemessene Kostenbeteiligung der Bedarfsträger bei Überschreitung der ermittelten notwendigen Kosten durch H; getrennte Ausweisung der Innenausstattung im MIP	0	0	0	0	Nach Diskussion in der BIB und Rücksprache mit Ref. II wurde dieser Vorschlag bis zum Haushalt 2005 zurückgestellt, da erst detaillierte Regelungen für eine Kostenbeteiligung erarbeitet werden müssen. Für die getrennte Ausweisung der Innenausstattung muss zunächst geprüft werden, ob die bisherigen Kostermittlungen verfeinert werden und auf den Haushaltsvollzug abgestimmt werden können, da ansonsten ein erheblicher Mehraufwand entsteht.
	158	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	StWN: Umsetzung von einzelnen Einsparungsvorschlägen aus dem Accenture-Gutachten bis Ende 2005 (Verlustausgleich)	5.000.000	5.000.000	0	5.000.000	Einsparbeschlüsse wurden im Aufsichtsrat vom 08.04.2003 und im Stadtrat vom 09.04.2003 gefasst. VAG und Vpl wurden außerdem beauftragt, weitere Maßnahmen zu prüfen. Die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen erfolgt sukzessive: Ein Großteil der Angebotsveränderungen wurde zum 02.08.2003 realisiert, der Rest erfolgt zum Jahresfahrplanwechsel am 14.12.2003. Die Erhöhung der Anmietquote von Busfahrern kann wegen der europaweiten Ausschreibung ebenfalls erst zum Jahresende wirksam werden. Die Einsparungen wirken sukzessiv und werden beim Verlustausgleich der StWN haushaltswirksam eingeplant.

## Offene Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2003

160	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	Externes Organisationsgutachten für luK-Bereich(e); Fragestellung: Zentral/Dezentral/regionale Zusammenarbeit/Vergabe an Dritte?	250.000	250.000	0	0	Im POA vom 03.06.2003 wurde ein Konzept für das weitere Vorgehen vorgelegt. Die Durchführung ist in 2 Phasen vorgesehen: Machbarkeitsstudie (Phase I) sowie Feinkonzept und Umsetzungsbegleitung (Phase II). Nach europaweiten offenen Teilnahmewettbewerb wird derzeit durch das ausgewählte Beratungsunternehmen in Zusammenarbeit mit OrgA die Machbarkeitsstudie erarbeitet. Das Ergebnis soll in der Sitzung des Juli-POA vorgestellt werden..
163	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	Sparkasse: Konteneinrichtung für Sozialhilfeempfänger; weiterer Stellenabbau in der Kasse	55.000	55.000	0	0	Derzeit wird zwischen der Sparkasse, Ka und SHA geprüft, wie der Anteil der Barauszahlungen weiter verringert werden kann. Grundsätzlich wird die Barauszahlung nur noch in Notfällen möglich sein. Dabei sollen neben der Sparkasse Nürnberg auch andere Geschäftsbanken einbezogen werden. Geprüft wird daneben auch die Installation eines Geldautomaten der Sparkasse in den Räumen von Ka. Eine Überprüfung der Auszahlungsstatistiken ergab, dass die bisherigen Bemühungen nur geringe, kaum quantifizierbare Entlastungen erbracht haben. Ka wird jedoch weiterhin versuchen, die Sozialhilfeempfänger auf die Möglichkeit der Konteneinrichtung durch die Banken und Sparkassen hinzuweisen und so die geforderte Reduzierung der Stellenkapazität zu erreichen.
165	HHAllg.	Weiterer Vorschlag	Prüfauftrag: Maschinengerechte Gestaltung der Friedhöfe (Werkstättenuntersuchung)	0	0	0	0	Der von BstA erarbeitete erste Vorschlag zur Umsetzung soll zusammen mit der neuen Dienststellenleitung nochmals kritisch auf die Realisierbarkeit überprüft werden.
<b>Zwischensumme* Allgemein</b>				<b>10.062.000</b>	<b>9.812.000</b>	<b>2.757.000</b>	<b>5.000.000</b>	
<b>Ergebnis Gesamt</b>				<b>25.924.075</b>	<b>24.354.075</b>	<b>10.262.800</b>	<b>9.172.860</b>	

\* Zwischensumme bezieht sich auf alle Einsparvorschläge des jeweiligen Geschäftsbereiches